

Laibacher Zeitung.

Nr. 252.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 12, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 2. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 8 kr., 2m. 6 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Infectionsheftchen jedesmal 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

S. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. October d. J. den Professor des Gymnasiums in Zara Joseph Pericic zum Director des Gymnasiums in Ragusa allerhöchstdigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat dem Lehrer des k. k. Gymnasiums zu Klagenfurt Michael Petschenig und dem Lehrer des k. k. Gymnasiums zu Linz Alois Sieß Lehrstellen am k. k. zweiten Gymnasium zu Graz, dem Professor des k. k. Gymnasiums zu Eger Adolf Ehrlich und dem Professor des k. k. Realgymnasiums zu Villach Ignaz Kapert Kummerer Lehrstellen am k. k. Gymnasium zu Linz verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Da die Stelle der Ersten Assistentin des hochadeligen Sternkreuz-Ordens durch den Tod Ihrer Excellenz der Frau Gräfin Karolina Selina Clam-Martiniß, gebornen Lady Meady, in Erledigung gekommen ist, haben Ihre Majestät die Kaiserin-Königin Karolina Augusta, höchste Schutzfrau des hochadeligen Sternkreuz-Ordens, diese Stelle der Sternkreuz-Ordens- und Palastdame Excellenz Gräfin Paulina Königsegg-Aulendorf, gebornen Gräfin Bellegarde, allerhöchstdigst zu verleihen geruht.

Der gemeinsame Staatsvoranschlag für das Jahr 1873.

(Fortsetzung und Schluß.)

II. Transitorisches außerordentliches Erfordernis.

Titel 13, erste Bauarbeiten: 1. Errichtung von Depots für die Fuhrwerke der Feldsanitäts-Abtheilungen und für das Instructionsmateriale 25.000 fl.; 2. Erbauung einer Schwimmschule für die wiener Garnison, erste Rate 35.000 fl.

Titel 14, zweite Bauarbeiten: Post 1, Fortsetzung des Baues zweier permanenten Werke in Krakau 100.000 fl.; Post 2, Fortsetzung des Baues der Artillerielafette in Hermannstadt 250.000 fl.

Titel 15, dritte Bauarbeiten: Post 1, Fortsetzung der Befestigung von Przemysl 100.000 fl.; Post 2, Fortsetzung der Befestigung des heiligen Berges bei Olmütz 100.000 fl.; Post 3, Fortsetzung des Baues des Fort Igmand 200.000 fl.; Post 4, Bau einer Infanterielafette in Pola 200.000 fl.; Post 5, Bau einer Infanterielafette in Krakau 150.000 fl.; Post 6, Adaptierungs- und Zubauten in der Cavalerielafette zu Stockerau 200.000 fl.

Titel 16, vierte und Vollendungsarbeiten: Post 1, Bau von Unterküsten und Stallungen zur Unterbringung von Artilleriebatterien in Klagenfurt, Vollendungsrate 100.000 fl.; Post 2, Adaptierung des Verpflegungsetablisments zu Raab zu einem Truppspital, letzte Rate 8000 fl.; Post 3, Adaptierung des Unter-Erziehungs-Hauses zu Brerau zur Cavalerielafette, letzte Rate 56.000 fl.; Post 4, Bau eines Militärspitals in Ofen, vorletzte Rate 200.000 fl.; Post 5, Vollendung des Stallgebäudes für die Fuhrwesens-Escadron in Komorn 20.000 fl.

Titel 17, militärgeographisches Institut: Post 1, Herstellung einer neuen Specialkarte der österr.-ungar. Monarchie a) für die zeitliche Standeserhöhung und außerordentliche Betriebsauslagen 150.817; b) für 12 Mappirungsabtheilungen 292.158 fl.; 2 Herstellung der Generalkarte von Central-Europa nach Schera 12.920 fl.; 3 Neu-Aufnahme der Umgebung Wiens und Herstellung eines neuen Kartenwerkes 16.031 fl.; 4 Ausführung eines Präcisions-Nivellaments für zwei Partien 5204 fl.; 5 Veröffentlichung der astron.-geodätischen Vermessungen des militärgeographischen Instituts 3000 fl.; Anschaffung von Schnellpressen 10.000 fl.; 7. Vornahme von astron. Ortsbestimmungen in den südlichen Nachbarländern der österr.-ung. Monarchie 18.000 fl.

Titel 18, Erfordernis der zur successiven Auflassung bestimmten medizinisch-chirurgischen Josephs-Akademie 118.000 fl.

Titel 19, Gebühren für Ueberzählige 850.000 fl.

Titel 20, Verlegung in höhere Zinsklassen: Post 1, Erhöhung der Zinsausmaße für die in der Garnison Wien angestellten Gagisten von der 9. Diätenklasse abwärts bei gleichzeitiger Regelung der Bezugstermine 89.000 fl.; Post 2, Verlegung der Gemeinde Korneuburg aus der 5. in die 4. Zinskategorie 1215 fl. Summe des transitorischen außerordentlichen Erfordernisses II. 3.310.345 fl.

III. Transitorisches außerordentliches Erfordernis.

Titel 21, für Grenztruppen 1.195.057 fl. Zusammen: Außerordentliches Erfordernis 9.221.428 fl.

B) Kriegsmarine.

Zu Titel 1, Wohnungen und Bekleidungsanstalten 30.000 fl. Zu Titel 3, Dienst am Lande 36.400 fl. Zu Titel 5, Anstalten: Post 1, hydrographisches Amt 11.800 fl.; Post 2, Marineakademie 1200 fl.; Post 3, Marinehospital 10.100 fl. Zu Titel 6, Instandhaltung, Ersatz und Betrieb des Flottenmaterials: Post 1, Casemattschiff „Custozza“ und Post 2, Casemattschiff „Albrecht“ 1.037.500 fl.; Post 3, Ankauf von Taakholz 60.000 fl. Zu Titel 7, Artillerie 263.290 fl. Zu Titel 8, Land- und Wasserbauten: Post 1, Bau eines Straßenhauses 68.000; Post 2, Bau eines zweiten Trockendocks (als erste Rate) 150.000; Post 3, Erweiterung des Eisenbahnweges im Arsenale 6000 fl.; Post 4, Baumpflanzungen 3000 fl.; Post 5, Fortsetzung des Molo von der Landseite 20.000 fl.; Post 6, Vergrößerung des Marineschulgebäudes 23.800 fl.; Post 7, Bau eines magnetischen, eisenfreien Häuschens 950 fl.; Post 8, Arbeiter-, respective Unteroffiziers-Wohnhaus 24.000 fl.; Post 9, Ausbau des Hauses Nr. 104 (Reisumme) 21.000 fl.; Post 10, Verlängerung der Stadtriva gegen die Wurzel des Verbindungs-molo 30.000 fl. Titel 9, besondere Marineauslagen 18.000 fl. Zusammen außerordentliches Erfordernis 1.815.040 fl.

Kapitel III. Finanzministerium.

Titel 4, Versorgungsgegenstände des Ministeriums des Äußern 1050 fl. Demzufolge wird das gemeinsame zu bedeckende außerordentliche Erfordernis für das Jahr 1873 festgestellt: I. Ministerium des Äußern 111.810 fl., II. Ministerium des Krieges: A) Stehendes Heer einschließlich der Grenztruppen 9.221.428 fl., B) Kriegsmarine 1.815.040 fl. III. Finanzministerium 1050 fl., zusammen 11.149.328 fl.

Artikel III.

Die Bewilligung bezüglich des Erfordernisses für die Grenztruppen, außerordentliches Erfordernis des Heeres, Titel 21, tritt nur dann in Wirksamkeit, wenn der Fall des § 2 der gesetzlich sanctionirten Bestimmungen über die Beitragleistung Ungarns zu den gemeinsamen Angelegenheiten infolge des Ueberganges der Militärgrenze aus der Militär- in die Civilverwaltung, schon als mit 1. Jänner 1873 eingetreten angenommen und daher von da an das Präcipuum zu Lasten des ungarischen Staatsschatzes mit 2 Percent in Rechnung gebracht wird.

Artikel IV.

Das ordentliche Erfordernis beläuft sich demnach auf 97.771.776 fl., das außerordentliche Erfordernis auf 11.149.328 fl., somit das gesammte gemeinsam zu bedeckende Erfordernis auf 108.921.104 fl. Davon ab: die Einnahmen des Zollgefälles, welche nach Abzug des Regenerenpauschales und der Verbrauchssteuer-Restitutionen hier eingestellt werden mit 15.556.000 fl., verbleibt als Gesammterfordernis 93.365.104 fl., wovon die zu Lasten des ungarischen Staatsschatzes vorerst abzuziehenden 2 Percent 1.867.302 fl. 8 kr., und von dem Reste per 91.497.801 fl. 92 kr. die im Sinne des Gesetzes durch die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu bedeckenden 70 Percent betragen 64.048.461 fl. 34 kr.

Artikel V.

Zwischen den in diesem Staatsvoranschlage bewilligten Titeln und einzelnen Posten findet ein Virement nicht statt.

Artikel VI.

Wenn von den in dem Voranschlage aufgenommenen Einnahmeposten sich welche größer oder geringer als die Annahme erweisen sollten, so sind die aus der gemeinsamen Kasse zu bedeckenden Beträge und somit auch die betreffende Leistung entsprechend zu reducieren, oder beziehungsweise zu erhöhen.

Artikel VII.

Bezüglich des Budgets für das Jahr 1873 hat die Bestimmung zu gelten, daß die Einnahmen und

Ausgaben in der bewilligten und eingestellten Höhe eine Rechnungsgiltigkeitsdauer bis Ende Juni 1874 haben. Nach dieser Zeit sind die für das Jahr 1873 bewilligten Credite als erloschen zu betrachten.

Vom Tage.

Die „Montagsrevue“ enthält in ihrem Berichte über die Tage nachstehende bemerkenswerthe Stellen: „Unter dem Voritze des Kaisers haben Berathungen über die Bankfrage stattgefunden. Diese Frage, die man mit Recht zu den schwierigsten Problemen der österreichischen Staatskunst zählte, ist zur Ueberraschung aller Welt in wenigen Tagen zu einem vorläufigen günstigen Abschlusse gebracht worden, der mit Sicherheit auch die schließliche glückliche Verständigung gewärtigen läßt. Wir legen vorzüglich den größeren Accent auf die politische Seite der Frage; denn hierbei konnte sich, wenn man Zwiespalt wollte, gar leicht die Handhabe zu Streit und Zank ergeben, und es bedürfte wohl kaum eines Genies, um, wenn man eine Klust aufreißen wollte, die rechte Stelle in jedem Augenblicke zu finden.

Anstatt dieses von vielen Seiten sehrwünscht herbeigewünschten Widerstreites sehen wir das österreichische und das ungarische Cabinet gleich eifrig bemüht, durch das wohlwollendste Entgegenkommen die Aufgabe zu einer raschen und alle Theile befriedigenden Lösung zu bringen. Wir stehen vor einer Solidarität der Regierungen, die nicht nur eine Bürgschaft gegen eine einseitige Erschütterung bietet, sondern auch einen Machtfactor darstellt, dessen volles Gewicht man in den verschiedenen feindseligen Lagern theilhaftig so hoch einschätzt, daß das „Vaterland“ seine stille Freude bereits vergißt und seine Genossen auf eine spätere Zeit vertröstet, die dann ihnen gehören solle. Und wir haben keine Ursache, die Wahrheit zu verhehlen, diese Solidarität der Regierungen, die ihren festen Grund in der Gemeinsamkeit und Gleichartigkeit der politischen Interessen in beiden Reichshälften hat, sie wird getragen und gehoben durch das unbeschränkte Vertrauen der Krone. Man möge das im feindseligen Lager, wo man weitläufige Deductionen aus ein paar freundlichen Worten an einen hochwichtigen Delegirten ableitet, auch wissen.“

„P. Naplo“ erfährt zur Bankfrage, daß der Text der von der „N. fr. Pr.“ gebrachten und von „P. N.“ übernommenen drei Punkte mit dem officiellen Texte nicht übereinstimmt. Die Verticung dieser Differenz hat übrigens keine größere Bedeutung, da das Wesen der zwischen den beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen schon in den vorher Blättern mitgeteilt wurde, und dieses besteht in folgenden Details: 1. Die Festsetzung eines einheitlichen Wertes und dessen, was denselben bilden könnte. 2. Die Verhandlungen haben in erster Reihe mit der österreichischen Nationalbank zu beginnen; damit das möglich sei, ist die österreichische Nationalbank aufzufordern, die Dotationen ihrer ungarischen Filialen in dem Verhältnis zu erhöhen, wie es vor dem „Kriege“ bestand, während indessen die endgültige Regelung der Dotation den weiteren Verhandlungen vorbehalten bleibt. 3. Weiderseits sind Commissionen zu entsenden behufs Discussion und Feststellung anderweitiger Details. „P. N.“ ist auch in der Lage, mittheilen zu können, daß die vor dem Beginne der Verhandlungen anzuhoffende Erhöhung der Dotation der ungarischen Filialen mehr als vier Millionen Gulden beträgt. Zuletzt erfährt „Naplo“ noch, daß die Depesche des Finanzministers, in welcher er die österreichische Bank zur Eröffnung der Verhandlungen auffordert, bereits abgegangen ist.

Wie die „Graz. Ztg.“ aus Wien erfährt, wird sich die Thätigkeit der Regierung für die nächste parlamentarische Campaigne nicht auf die Einbringung der Wahlreform allein beschränken — eine Reihe von Gesetzesvorlagen ist dazu bestimmt, die Lücken, welche die Aufhebung des Concordates geschaffen, in fortschrittlichem Sinne auszufüllen. Wie nun bestimmt feststeht, soll der Reichsrath am 15. December eröffnet werden, und dürfte derselbe zunächst das Budget für das Jahr 1873 votieren. Sodann sollen die reformatorischen Arbeiten des Parlamentes beginnen und rasch zu Ende geführt werden, da die Session nicht gar zu lange ausgedehnt werden soll, um den Abgeordneten einige Zeit der Ruhe zu gönnen, deren sie infolge der Lebhaftigkeit der heurigen Sessionen der parlamentarischen Vertretungskörper so lange entzogen mußten.

Bur Kreisordnung in Preußen.

Die Debatte im preussischen Herrenhause droht — wie berliner Blätter melden — mit einer Niederlage der Regierung und des liberalen Princips zu endigen. Gewiß ist so viel, daß die Vorlage in der Form und in dem Geiste, wie sie vom Abgeordnetenhause angenommen wurde, in der Baiskammer nicht durchgehen wird; in der Specialdebatte werden die einzelnen Bestimmungen so vollständig umgewandelt, daß sie ihrer ursprünglichen Fassung gar nicht mehr ähnlich sehen und die Regierung steht vor der Alternative, entweder den Gesetzentwurf zurückzuziehen oder aus den Trümmern der Vorlage ein neues Gesetz zusammenzustellen. Die Kreisordnung, wie sie im Abgeordnetenhause angenommen wurde, hatte die Bestimmung, dem Privilegium des Großgrundbesitzes in der Administration und in der Handhabung der Polizei ein Ende zu machen und die Harmonie herzustellen zwischen den provinziellen Verhältnissen und der fortschreitenden Entwicklung des Staates auf Grund allgemeiner Gleichberechtigung. Die Junker des Herrenhauses konnten mit einer solchen Neuerung selbstverständlich nicht zufrieden sein, und sie bringen die Reform zu Falle. Zu welchem Schritte die Regierung sich entschließen wird, ist zur Stunde noch unbekannt, aber als unerlässliche Maßregel muß die Abschaffung des ständischen Charakters des Herrenhauses erscheinen, sollen überhaupt die liberalen Reformen, sei es auf welchem Gebiete immer, zur Durchführung gebracht werden. Zuerst muß die Opposition des Herrenhauses in ihrem Zerstörungswerke gegen die Kreisordnungs-Vorlage verfahren, um so erstarrt zu werden, die Regierung die Forderung heran, eine bestimmte und entscheidende Stellung zur Sache zu nehmen. Schon nach den ersten unzweideutigen Beschlüssen hatte der Minister des Innern Schritte gethan, um sich mit den übrigen entscheidenden Factoren der Staatsregierung zu verständigen. Die letzten Abstimmungen haben die Nothwendigkeit entscheidender Schritte noch näher gelegt und den Bemühungen des Ministers größeren Nachdruck verliehen. Es wird in den Regierungskreisen als unerlässlich erkannt, daß der geschlossenen Opposition des Herrenhauses gegenüber ein ebenso geschlossenes Auftreten der Regierung erforderlich ist. Es verlautet, daß Graf Eulenburg in diesem Sinne sowohl nach Barzin hin als an allerhöchster Stelle Schritte gethan und sein eigenes weiteres Eintreten für die wichtige Reform von der vollen Unterstützung an beiden Stellen abhängig gemacht hat. Das Resultat dieser Schritte ist: die Kreisordnung soll unter allen Umständen zur Durchführung gebracht werden. Das Zustandekommen derselben im Laufe der diesjährigen Winterseason wird als eine absolute politische Nothwendigkeit anerkannt. Die erforderlichen Maßregeln werden unmittelbar nach dem Abschlusse der Beratungen des Herrenhauses nicht auf sich warten lassen. Die Landtagssession dürfte geschlossen und unmittelbar darauf eine neue Session berufen werden, zu welcher dann ein Baiskshub ins Herrenhaus von etwa zwanzig liberalen Mitgliedern erfolgen wird. — Was die Theilnahme des Monarchen selber an dem Reformwerke betrifft, so ist eine Aeußerung desselben beim Empfange des Herrenhaus-Präsidiums charakteristisch. Der Kaiser soll sich an den Grafen Brühl gewendet und

ungefähr gesagt haben: Er habe erfahren, daß er, Graf Brühl, sehr eifrig gegen die Reformen wirke. Er habe zwar während seiner Regierung nie jemanden veranlaßt, gegen seine Ueberzeugung zu stimmen, aber sagen wolle er es doch: die Kreisordnungs-Reform, die seine Unterschrift trage, betrachte er auch als seine Vorlage, deren Durchführung unbedingt nothwendig sei. Würde sie abgelehnt und träte dann vielleicht Graf Eulenburg von seinem Posten zurück, so würde derselbe doch keinen Nachfolger erhalten, welcher der Opposition des Herrenhauses näher stünde; die Kreisordnung durchzuführen, das würde auch dessen Mission sein.

Die „Proc. Corr.“ bemerkt: „Die Regierung ist in vollster Einmütigkeit überzeugt, daß ein Mislingen der Vereinbarung jetzt, nachdem alles für das Gelingen vorbereitet ist, ein nicht wieder gutzumachender Schaden gerade für eine stetige und conservative Entwicklung unserer inneren Verhältnisse und zugleich der schwerste Schlag für die conservative Partei in Preußen sein würde. Sie legt daher nicht bloß den allergrößten Werth darauf, daß diese Gesetzgebung endlich zum Abschlusse gelange, sondern ist auch der Zuversicht, daß der besonnene praktische Geist, welchen das Herrenhaus in Augenblicken wichtiger Entscheidungen noch niemals verleugnet hat, sich auch jetzt bewähren werde.“

Die „Nordb. allg. Ztg.“ sagt: „Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, welcher durchgeführt werden muß und werden wird; dafür bürgt die einmütige Ueberzeugung aller Regierungsfactoren. Wenn sich das Herrenhaus trotzdem der Vorlage gegenüber negativ verhält, so begibt sich daselbe jedes tatsächlichen Einflusses auf die Gestaltung der Vorlage und wird schließlich unter ganz anderen Verhältnissen vor die Annahmefrage gestellt sei. Der Gesamteindruck der bisherigen Verhandlungen ist leider derart, daß das Haus die tatsächliche Lage und das Maß seiner Macht der Krone gegenüber durchaus verkennt.“

Der „Bester Lloyd“ verfolgt die Debatte über die Kreisordnung mit lebhaftem Interesse; er widmet dieser Frage einen längeren Leitartikel, dem wir nachstehende Stellen entlehnen:

„Die Sprößlinge der alten Geschlechter wehren sich um ihre Haut. Sie sehen, wie ihnen das Messer an die Kehle gesetzt werden soll, und sie legen noch einmal ihr mittelalterliches Rüstzeug an, durch welches keine Zumuthung moderner socialer Einrichtungen den Weg zum Herzen oder zum Kopfe findet. Da bleibt jede vernünftige Vorstellung wirkungslos und die preussische Regierung wird mit einer bedenklichen Schluppe den Rückzug antreten.“

Der Vorgang ist bedeutsam genug und er kann nicht ohne ernste Consequenzen für die inneren Zustände Preußens, ja des deutschen Reiches überhaupt bleiben. Die neue Kreisordnung sollte den veralteten Privilegien im Gebiete der Verwaltung den Garauß machen, sie war bestimmt, die abgestorbenen Zweige zu beseitigen, die aus der lebensvollen staatlichen Organisation beleidigend hervorstarren.

Indem sie den Einklang herstellen sollte zwischen der parlamentarischen Ordnung und der provinziellen Verwaltung, würde sie zugleich eine bedeutsame sociale Reform inaugurirt haben durch die „Ausdehnung der allgemeinen Dienstpflicht auf die bürgerlichen Verhält-

nisse,“ wie der preussische Minister die Selbstverwaltung sehr zutreffend definierte. Das Volk, welches durch seine Vertreter die legislativen Rechte ausübt, sollte in administrativer Hinsicht aus der Vormundschaft und Gewalt der Feudalen befreit werden — diese Forderung ist ebenso naturgemäß, als sie in einem modernen Gemeinwesen schlechterdings nicht zurückgewiesen werden darf. Hat man nun bei dieser wichtigen Reform auf die „Großherzigkeit“ und Noblesse der adeligen Großgrundbesitzer gerechnet, so zeigt es sich jetzt deutlich genug, daß man Factoren in den Calcul gezogen — die gar nicht vorhanden sind. Ein richtiger preussischer Junker ist aus einem plastisch unbildsamen Material beschaffen, und während beispielsweise unsere Magnaten sich zu allen Zeiten den herrschenden politischen und socialen Formen anschmiegen, bleibt jener in alle Ewigkeit unwandelbar und unempfänglich für die Eindrücke der geänderten Verhältnisse. Wenn der ungarische Adel alle seine Vorrechte und Privilegien wie eine Bürde von sich warf, als es galt, die Klust zu schließen, die sich durch Jahrhunderte zwischen Volk und „Herren“ zog; wenn heute die Magnaten willig die Hand bieten werden zu einer Reform des Oberhauses, die den letzten Rest ihrer Vorrechte beseitigen soll — so klammern sich die preussischen Privilegierten mit unfagbarer Zähigkeit an ihre sogenannten Rechte und jeder unter ihnen ist ein Schloß, der auf einem ungültig gewordenen Scheit besteht.

Freilich läßt sich nicht verkennen, daß der charakteristische Zug, der heute durch das Streben der deutschen Staatsmänner geht, den Widerstand der Feudalen gegen jede Reform, die ein sociales Gepräge hat, nur zu begünstigen geeignet ist. Mit dem Siege des Deutschthums über die französische Nation haben nicht nur die europäischen Machtverhältnisse eine wesentliche Aenderung erfahren, sondern es kam auch ein neues Princip im politischen Leben an die Oberfläche, das selbstverständlich ganz besonders in Deutschland vorwaltend: die unbedingte Herrschaft der Staatsgewalt. Die französische Revolution, deren Ideen trotz des Wechsels der Zeiten und Verhältnisse lebendig fortgewirkt, brachte die individuelle Freiheit zur Geltung und stellte die Gesellschaft über den Staat, und unter dem Einfluß dieser Constellation konnte die sociale Bewegung in Europa immer weiter um sich greifen und gedeihen. Die Deutschen hingegen sind durch die Natur ihrer inneren Lage darauf angewiesen, dem Staatsgedanken und der Staatsgewalt alle anderen Factoren unterzuordnen, denn nur die unbedingte Herrschaft des ersteren vermag die particularistischen Neigungen niederzuhalten und die nationale Einheit stets fester zu gestalten. Dieses Streben gibt sich in allen wichtigen Thaten der deutschen Regierung kund. Ist ja auch der heftige Kampf, wie er derzeit gegen den Ultramontanismus geführt wird, auf diese Ursache zurückzuführen. Und daß nun ein solcher Widerspruch zwischen dem Staate und sehr bedeutenden Aeußerungen des socialen Lebens besteht; daß Staat und Gesellschaft nicht in allen Momenten harmonisch wirken und keinen einheitlichen Organismus bilden — das ist es, was die Feudalen und Conservativen in ihrem Widerstande ermutigt, denn sie betrachten sich als die verlässlichsten Pfeiler der staatlichen Gewalt gegenüber der socialen Bewegung. Als solche gerieren sie sich denn auch alle

Feuilleton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

XVI. Kapitel.

Die Entdeckung.

(Fortsetzung.)

Im Hause Dolomie sah es traurig aus.

Herr von Sejour fiel ab wie ein Schatten, die Kräfte schwanden immer mehr; er konnte sich kaum vom Stuhle erheben und mußte, wenn er gehen wollte, vom alten Jean unterstützt werden, wie ein kleines Kind.

Der alte Herr Dolomie sagte wenig und zeigte sein ruhig lächelndes Gesicht nach wie vor, aber er sah den Tod des Schwiegerjohnes täglich, stündlich vor Augen. Er hätte viel, sehr viel für die Rettung des Herrn von Sejour gegeben, nicht gerade, daß er ihn besonders liebte und werthschätzte, nein, ein anderes beunruhigendes Moment kam dazu, welches ihn sehr trübte und sehr beunruhigte.

Dieser Umstand war das Verhalten Leopoldinens.

Je mehr Herr von Sejour dahinschwand, um so mehr lebte sie auf. Ihre Puffucht nahm überhand, sie schmückte sich mit den kostbarsten und gewähltesten Sachen, als wenn sie sich für den Bräutigam in das vortheilhafteste Licht setzen wollte und nicht den Tod des angetrauten Gatten erwartete.

Sie beanspruchte bedeutend größere Summen für ihre Toilette, als dies jemals der Fall gewesen war, sie bestürmte die Kasse des Vaters auf alle mögliche Weise. Wenn der alte Herr Dolomie auch zuweilen den Kopf

schüttelte, so wußte sie ihn mit allerlei Schmeicheleien zu besänftigen.

Sie mußte viel Geld aufstreifen, denn Benvenuto brauchte viel Geld.

„Es hat das alles ein Ende, wenn mein jetziger Gemahl tobt ist,“ sagte sie sich, „und Benvenuto seinen Plag eingenommen hat. Dann ist er Herr des Vermögens, und ich habe keine Sorgen um ihn.“

Trotz der zunehmenden Krankheit des Gatten, fuhr sie nach wie vor zu dem Gartenhause außerhalb des Thores.

Noch jemand im Hause merkte, daß nicht alles so war, wie es hätte sein sollen. Dies war der alte Jean. Und als er zufällig gar eine Photographie des ihm noch wohlbekannten Italieners auf dem Schreibtisch der jungen Frau fand, da schüttelte er den Kopf und sagte:

„So mußte es kommen.“ Der junge Herr Georg sagte: Jean, ich wollte, daß ich meiner Schwester stets zur Seite stände, um sie vor Gefahren bewahren zu können. Ich fürchte, daß sie einst mit sehenden Augen in ihr Unglück rennen wird. Und nun ist das Unglück da, denn der verdammte Italiener ist das Unglück.“

Der alte Hausarzt des Hauses Dolomie konnte sich die Krankheit des Herrn von Sejour nicht zusammenreimen. Sein Latein war so gut wie zu Ende, denn keines seiner Mittel schlug an, und ein wirkliches Rückenmarksteiden, wie es im Buche steht, wollte sich nicht entwickeln.

Er verfiel daher auf die Auskunft, noch einen Arzt hinzuzuziehen, und zwar einen jüngeren Arzt, der in der modernen Wissenschaft bewandert war und neue Anschauungen, neue Kenntnisse besaß, von denen man zu seiner Zeit noch keine Ahnung gehabt hatte.

Seine Wahl fiel auf den jungen, aber als sehr gelehrt und tüchtig bezeichneten Dr. Weiner.

Dr. Weiner kam.

Er untersuchte seinen Patienten sehr lange und sehr

genau. Als er hiermit zu Ende, zog er sich mit dem älteren Arzte zurück.

„Nun, Herr College, was sagen Sie dazu?“ fragte dieser.

„Es liegt eine Vergiftung vor,“ antwortete der Befragte ruhig.

Der Hausarzt prallte zurück.

„Nicht möglich,“ rief er, „in diesem Hause. Dann müssen wir sofort ein Brechmittel geben und das Gift aus dem Körper schaffen.“

„Hier nützt kein Brechmittel mehr,“ erwiderte Dr. Weiner. „Das Gift ist schon derartig in den Körper übergegangen, daß es Störungen des Gesamtorganismus hervorgerufen hat, die schwer wieder zu revidieren sind. Das Gift selber ist schon längst aus dem Körper entfernt, es hat jedoch seine Folgen zurückgelassen.“

„Aber welches Gift kann das sein?“

„Es ist die rückwirkende Kraft des Arseniks, der gleichzeitig mit einem oder mehreren Pflanzengiften zusammen verabreicht worden ist. Einzelne Pflanzengifte und Arsenik wirken, zusammengemischt, fast gar nicht auf den Körper; erst nach längerer Zeit tritt die Wirkung des einen oder des anderen Giftes in langsam verheerender Weise auf. Die Abmagerung, die Angst, der Durst und die qualenden inneren Schmerzen sind die Wirkung des dem Körper nach und nach beigebrachten Arseniks, die plötzliche geistige Erregtheit, das Erblicken von Nachtgespenstern, jene schrecklichen Hallucinationen deuten wieder auf ein neben dem Arsenik gereichtes Gift, wie z. B. Belladonna oder wahrscheinlicher Stramonium und Hyoscyamus. Beide Gifte streiten mit einander um die Oberherrschaft, und der Mensch geht bei diesem Kampfe zugrunde, er ist das Schlachtfeld, das zwei feindliche Armeen zertreten.“

(Fortsetzung folgt.)

samt, die Bannerträger der Feudalen in der im Zuge befindlichen Debatte. Die wenigsten sind cynisch genug, den Pferdesuß ihrer engherzigen Machtgelüste hervorzustrecken, aber sie treten als Anhänger des conservativen Staatsgedankens gegen die „revolutionären“ gesellschaftlichen Velleitäten geharnischt in die Schranken.

Natürlich ist diese Rolle erheuchelt und erlogen, aber die Conservativen befinden sich mit ihr in einer Position, aus der sie nicht leichtherdinge verjagt werden können. Wie wird sich nun die preussische Regierung gegenüber dieser höchst fatalen Erscheinung verhalten? Die Kreisordnung ist einmüthig wohl als abgethan zu betrachten; mit den Modificationen, die sie im Herrenhause erleidet, kann sie nicht ins Leben treten, das Abgeordnetenhaus wird sich von dem feudalen Wechselbald mit Abscheu wegwenden. Darf aber mit dem Gesetzentwurf auch der Geist verscharrt werden, der in dieser Schöpfung zum Ausdruck kam? Die Weisheit der deutschen Regierungsmänner wird die richtige Antwort darauf finden. Gewiß wird in erster Reihe die Ermägung maßgebend sein, daß der Sieg der Conservativen des Herrenhauses über die liberalen Intentionen der preussischen Regierung und des Abgeordnetenhauses um jeden Preis paralytisch werden muß, soll er nicht von den unheilvollsten Folgen für die gesammte politische Entwicklung in Deutschland begleitet sein. Gestattet man dem retrograden Junkerthum, seines Triumphes froh zu werden, so öffnet man der particularistischen Flut alle Schleusen, denn diese beiden Tendenzen gehen Hand in Hand. Mit den Feudalen und Conservativen kann heutigen Tages in Deutschland nicht mehr regiert werden, das Volkthum kann ohne Gefährdung aller deutschen Erbschaften nicht mehr hintangesezt werden; es wird daher nothwendig sein, ohne die petrificirten Ueberreste aus reactionären Tagen und trotz denselben zu regieren. Die Consequenz dünkt uns unermesslich und aus diesem Gesichtspunkte hat man alle Ursache, dem preussischen Herrenhause für seine Opposition recht dankbar zu sein. Der vollständige Bruch zwischen der Regierung und den Conservativen kann nicht mehr ausbleiben, und hat man sich bisher dem Liberalismus zugeneigt, weil er als wirksames Mittel zur Bekämpfung der ultramontanen Mächte angesehen wurde, so muß man sich demselben heute rückhaltlos hingeben, weil die freisinnigen Ideen allein es sind, die fortwirkend von Glied zu Glied alle deutschen Stämme zu einem einzigen Ganzen zusammenzubalten vermögen, wenn der nationale Gedanke seine Kraft und seinen Zauber eingebüßt haben und die Dienste versagen wird.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 1. November.

Als Nachtrag zur Nachricht des „Pesti Naplo“, wonach die Dotation der ungarischen Bankfilialen schon in den nächsten Tagen erhöht werden soll, meldet der „Pester Lloyd“, daß die von dem ungarischen Finanzminister geforderte Erhöhung, die bloß dem momentanen Bedarfe entsprechend wäre, im ganzen 10 Millionen betragen soll. Der Stand der Notenreserve der Nationalbank sei auch hinreichend, um diesem Verlangen entsprechen zu können. — Der „Ungarische Lloyd“ erfährt, die Nationalbank werde unter Zustimmung des österreichischen Finanzministers auch zugestehen, daß die Dotationen der ungarischen Filialen allmählig auf das Verhältnis von 32 : 68 erhöht werden.

Das preussische Herrenhaus setzt die Beratung der Kreisordnung ruhig fort. Ein Paragraph nach dem anderen wird in der Fassung der ultra-reactionären Commission angenommen, ein liberales Amendement nach dem anderen verworfen.

In Dänemark haben sämtliche höhere Militärcommandos vom Kriegsministerium ein Exemplar des Gesetzentwurfes, welcher dem Reichstage bei der bevorstehenden Revision des Heeresgesetzes vorgelegt werden soll, zugeschickt erhalten. Es wird darin die gänzliche Aufhebung der sogenannten Verstärkung vorgeschlagen. Der Plan des Kriegsministers geht ferner darauf aus, die Armee in Regimenter und jedes Regiment in zwei Bataillone zu je drei Compagnien einzutheilen, also ganz ebenso wie im Jahre 1864. Ferner will man dem Mangel an Offizieren, namentlich an Stabsoffizieren, abhelfen und schließlich beabsichtigt man eine Vergrößerung der jetzigen Artillerie- und Cavaleriestärke. Dieser Entwurf ist jedoch nicht endgültig; die definitiven Bestimmungen können erst dann getroffen werden, wenn die verschiedenen Commandos die ihnen abverlangten Gutachten abgeliefert haben.

Im schwedischen Kriegsministerium wird gegenwärtig an einem umfassenden Plane zur Reorganisation des Landesverteidigungswesens gearbeitet, welcher bald so weit fertig ist, daß er einer Commission von Sachverständigen, welche zur Prüfung des Planes niedergesezt werden wird, vorgelegt werden kann. Dieser Prüfung wegen wird die Angelegenheit aber schwerlich schon in dem im Januar kommenden Jahres zusammentretenden Reichstage, sondern erst in der im Jahre 1874 stattfindenden Session zur Vorlage kommen.

Von den bis jetzt in Bern bekannten Nationalrats-Wahlen sind 85 revisionistisch, 35 re-

visionseindlich ausgefallen; 15 Wahlen sind noch ausständig.

Das „Giornale di Roma“ versichert, daß die französische Regierung beschlossen habe, sich in die Angelegenheit des Gesetzes über die religiösen Körperschaften in keinerlei Weise einzumischen; das Journal fügt hinzu: Wir glauben sogar hinzufügen zu dürfen, daß die französische Regierung sich selbst dann der Ertheilung von Rathschlägen enthalten werde, wenn solche von ihr verlangt werden sollten.

Der Congreß in Madrid hat den ersten Artikel des Armeegesetzes, betreffend die Einberufung von 40 000 Mann, nach einer zwischen Zorrilla und den Republikanern geführten Discussion mit 107 gegen 54 Stimmen angenommen.

Einem ungarischen Blatte wird aus Lissabon gemeldet, der portugiesische Justizminister werde vor die Kammer einen Gesetzentwurf, die Dotation der Klereus betreffend, bringen. Diesem Gesetze zufolge soll die Anzahl der Bistümer verringert, sollen jene Klöster, die nicht eine gewisse Anzahl von Insassen haben, aufgehoben, die eine größere Anzahl besitzen, auf einen Normalstatus gebracht werden. Im allgemeinen soll jede Diocese nicht mehr als ein Kloster besitzen. Die so in den Klosterhäusern zu machenden Ersparungen sollen dem Clerus zugute kommen.

Ueber Verlangen des französischen Gesandten vertrat der Präsident Grant die Erlassung der Proclamation wegen Einhebung eines zehnerprocentigen Differentialzolles auf Waren, welche auf französischen Schiffen von anderen Ländern als von Frankreich einlangen.

Bum Programme der Rechtspartei (?)

findet der „Volksfreund“ nachträglich noch folgendes zu bemerken: „Die Männer, welche dem Programme zustimmen, haben sich dadurch von den wahrhaft conservativen, reichserhaltenden Grundstößen losgesagt und sich als regierungsunfähig erklärt. Sollte ihnen je die Macht in die Hände fallen, so würde es geschehen, um Oesterreich dem Untergange zuzuführen oder, wie hiesige Blätter argwöhnen, durch die Absurdität einer solchen Vertretungsmaschinerie dem einfachen Absolutismus den Weg zu ebnen. Regieren, einen Großstaat, wie Oesterreich, regieren, läßt sich nach einem solchen Programme nicht. Eine Verfassungsform aber anstreben, für sie unter conservativer und katbolischer Fahne agitieren, einfach um sie ad absurdum zu führen, scheint uns so wenig loyal und christlich, als etwa sich in eine Vertretung wählen lassen, mit der vorgefaßten Absicht, das Mandat nicht auszuüben. Wenn das „Vaterland“ uns das heute als das vom Christenthum gebotene „Martyrium des passiven Widerstandes“ bezeichnet und seine Anhänger im Widerstande gegen den „heidnischen“ Staat mit den Christen der ersten Jahrhunderte vergleicht, so müssen wir das als ganz haltlos als wahre Blasphemie zurückweisen.“

Im allgemeinen scheinen die wiener Blätter nicht eben geneigt, das Programm ernstlich in Discussion zu ziehen; nur einzelne versuchen es, die politischen Consequenzen aus den an das Tageslicht getretenen Vereinbarungen über die staatsrechtliche Frage zu ziehen.

„Die Fundamentalartikel“ — schreibt die „Presse“ — „mochten noch manchem als denkbar erscheinen, weil sie eben nur Böhmen im Auge hatten; vor dem Zerbröckel aber, das nothwendiger Weise entstehen muß, sobald nun auch die übrigen Länder ihren Antheil an dem Würfelpiel um die Reichseinheit reclamieren, wird jeder halbwegs Unbefangene zurückzucken. Der prager Landtag von 1871 erkannte noch Wort für Wort den Ausgleich mit Ungarn an. Das Föderalisten-Programm erwähnt ihn nicht nur mit keiner Silbe, sondern protestirt ausdrücklich gegen jede Theilnahme an den Delegationen wie gegen die Beschickung des Reichsrathes und der Landtage. Die gegen Ungarn gerichtete Tendenz des Manifestes aber ist deutlich genug daran erkennbar, daß nirgends von gemeinsamen Angelegenheiten Cisleithaniens, sondern immer nur von „gemeinsamen Angelegenheiten“ überhaupt die Rede ist. Man muß mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu begreifen, daß es bei der Einführung des Pluralismus auf die Einbeziehung Ungarns in denselben abgesehen ist. Das wiener Programm enthält auch keinen Congreß und Senat der Erblande wie das prager, es kennt nur „eine Versammlung von Deputirten aller Landtage“ sowie „Landtagsdeputationen“, die von Fall zu Fall „Vereinbarungen“ treffen. Wenn die Fundamentalartikel das Gruppensystem verfechten, so liegt jetzt der Plan zur vollständigen „Tomisierung“ des Staates vor. Gerade vor dem Beginn der Landtagssession nun bewiesen zu haben, daß die Regierung jedes Staatsbegriffes die nothwendige Folge der Fundamentalartikel wäre und daß der ungarische Ausgleich neben diesen unmöglich bestehen kann, das ist das große Verdienst des Föderalisten-Contractes.“

Tagesneuigkeiten.

— (Se. Exc. Freiherr v. Ruhn), I. und I. Reichskriegsminister, mußte, wie die „Bohemia“ meldet, auf ärztlichen Andringen wegen eines nervösen Leidens Wien verlassen und einen Landaufenthalt nehmen, um einigermaßen Erholung zu finden.

— (Rector magnificus-Wahl in Wien.) Das Universitäts-Consistorium hat mit elf gegen vier Stimmen den Professor an der Gebär-Klinik, Regierungsrath Späth, zum Rector magnificus für das Studienjahr 1872/73 gewählt.

— (Das Leichenbegängnis Tegetthoffs) fand in Graz unter ungeheurem Andränge der Bevölkerung statt. Alle Straßen und Plätze der Stadt waren mit Menschen übersät; der Herr k. k. Statthalter, alle Würdenträger des Landes, Deputationen aus Marburg, die Generalität und das Offiziercorps wohnten der Einsegnung bei. Der Trauerzug bewegte sich durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Leonharder Friedhofe, wo der Sarg in die Familiengruft gesenkt wurde, in welcher schon der Vater und der jüngste Bruder Tegetthoffs ruhen.

— (Der Bezirks-Schulrath der Umgebung Klagenfurt) sprach sich für die Nothwendigkeit eines Landes-Schulanlehens zur Herstellung von Schulhäusern aus und erwartet, die übrigen Bezirks-Schulräthe werden sich seinem Beschlusse anschließen und den Landtag um die Durchführung desselben ersuchen.

— (Ein Orkan) wüthete vor einigen Tagen in der Provinz Syracus; 32 Personen fanden unter den Trümmern zusammenstürzender Häuser ihren Tod.

Locales.

Zur Wohnungsnoth.

(Schluß.)

Die Centralisirung, welche sich unaufhaltsam in den großen Städten vollzieht, schraubt natürlich den Werth von deren Grund und Boden immer höher. Denn in ihrem Gefolge tritt auch der größere Verkehr auf, welcher ungemein bedeutende Localitäten in Anspruch nimmt. Man zähle doch heute einmal alle diejenigen der Stadt Wien zusammen, welche von Bank-, Industrie-Instituten, Assurancengesellschaften, Wechselhäusern u. s. w. in Anspruch genommen sind, und man wird finden, daß darin eine ganze Armee untergebracht werden könnte. Natürlich sehen solche Anstalten bei ihrem oft ungeheuren Gewinn wenig auf den Miethpreis, wenn ihnen nur die Lage günstig erscheint. Jedes Zugeständnis aber äußert seine Rückwirkungen bis in weite Ferne. An der zunehmenden Theuerung der Wohnungen ist ferner schuld die fehlerhafte Bauart unserer Zeit. Dieselbe richtet alle ihre Anstrengungen rein nur auf das Außerliche, welches ungeheure Kapazitäten verschlingt, die nicht anders fructificirt werden können, als durch exorbitante Belastung der Parzellen. Jene blinden Balcons, muskelkräftiger Karpatiden, jene Arabesken und barocken Schnörkel, welche so höchst problerisch an die Straße gestellt werden, wer bezahlt sie? Der Miether, und was hat er davon? Binnen kurzer Zeit eine Sammlung von Schmutzwinkeln und Spagennestern vor Augen, während er im Innern, statt bequemer Häuslichkeit, ineinander geschachtelte Zimmer, dunkle Küchen, überduftende Bequemlichkeitsanstalten vorfindet und für sein gutes Geld der fleißigsten Willkür eines groben Hausmeisters unterthan sein muß. Wir verachten gewiß nicht die Kunst und stellen namentlich diejenige der Architektur hoch, allein wir verachten und verdammen sie, wenn sie das Leben verflunstelt, ihren Zweck in hohlen Alonzerieen sucht, statt in einer wirklichen Verschönerung des Daseins.

Die Mangelhaftigkeit des Hypothekensystems, welche den Bauherren zwingt, die erste Hypothek weit unter ihrem Werthe aufzunehmen und ihm dann viel größere Schwierigkeiten macht, ja Opfer aufzulegen, um darauf die zweite und dritte anzubringen, trägt ebenfalls ihr gutes Theil dazu bei, ihn für die Ueberwälzung seiner eigenen Oblasten auf die Schultern seiner Miether zu stimmen. Daß die von Jahr zu Jahr sich erhöhenden Preise der Lebensmittel und namentlich der Arbeit einen weiteren Ring der uns umschlingenden Kette bilden, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Durch die Coalition ist heutzutage der Arbeitgeber fast bedingungslos in die Hände seiner Arbeiter gegeben. Allerdings ist es richtig, daß die allgemeine Lohnerhöhung in allen Zweigen der Production auch ihren wohlthätigen Einfluß auf die Verminderung der Wohnungsnoth ausüben wird und muß; bis jetzt aber sind, aus den schon vorher erwähnten Gründen, die Preise der Miethen in den Großstädten unerbittlich rascher und höher gestiegen, als die Arbeitslöhne.

Während nun das Kapital auf der einen Seite seine tyrannischen Rechte behauptet, vernachlässigt es auf der andern seine Pflichten. Die Arbeitgeber, welche sich um die gute Unterkunft ihrer Arbeiter bekümmern, sind sehr dünn gefäet. Selbst die kleinen Gewerbetreibenden, die in patriarchalischer Weise mit ihren Gehilfen zusammen leben und wohnen, bieten diesen nur zu häufig geradezu Unglaubliches. Jeder Tag bietet in Wien Belege dazu, noch stehen die Ertolze der Enquete hinsichtlich der Unterbringung der Badergesellen in der Erinnerung. Aber das sind ja eben die Folgen der Wohnungsnoth! wird man sagen. Ganz recht, jedoch die Gleichgültigkeit gegen das Uebel ruht immer das Wachsthum desselben hervor. Wenn in dieser Hinsicht polizeuliche Maßregeln gebilligt worden sind, so hat man es umso mehr zu beklagen, daß solche väterliche Fürsorge sich bei der Baupolizei umso weniger nachweisen läßt. Die diesbezüglichen Verordnungen machen das Bauen meistens nur kostspieliger und schwieriger, benehmen die Luft dazu; anstatt sie zu fördern, hängen sich an tausend Kleinigkeiten und vernachlässigen den Kern über der Schale. Wären gute Pläne für die einzelnen Baugruppen sachverständig

ausgearbeitet, so dürften Paläste mit schachtartigen, über-
reichenden, sogenannten Lichtlöchern nicht an den frequentesten
Straßen stehen. Auch die Beschaffenheit und Situation der
einzelnen Wohnungen, mit ihren paar gewöhnlich nicht be-
wohnten Vorzimmern — sogenannten guten Stuben, und
mit ihrem langen Darne licht- und luftloser Hinterzimmer
zum Schlafen und Wohnen — bildet ein eigenes Kapitel
der Wohnungsnoth, das mit dem gänzlichen Mangel einer
verständigen Baugruppenordnung zusammenfällt.

Dies sind im allgemeinen und hauptsächlichsten die
Ursachen der städtischen Wohnungsnoth, welche keineswegs
eine bloß temporäre ist, sondern schon längst einen chroni-
schen Charakter angenommen hat. Sie wird bleiben, so-
lange der Zufluß in die Großstädte andauert, so lange die
Centralisation auf Kosten der Entvölkerung des platten
Landes vor sich geht. Dieser Zustand ist in Frankreich
und England schon erreicht und theilweise bekämpft; wir
sind noch in der Verarbeit begriffen, welche Waffen wir
ergreifen sollen. Da der Ursachen so viele sind, gibt es
natürlich kein durchschlagendes Radicalmittel; wir müssen
froh sein, wenn wir jene allmählig verringern oder ihre
Wirkungen abschwächen. Wenn bisher theils Indolenz,
theils vornehme Geringschätzung es dahin gebracht haben,
daß nichts erhebliches gegen das Uebel geschehen ist, so
darf uns dies nicht abhalten, demselben mannhafte entgegen
zu treten. Ganz gewiß gibt es Heilmittel für dasselbe,
sie sind auch zum Theile bekannt, allein der Egoismus und
der Schlandrian sträuben sich noch vielerorts gegen ihre
Anwendung. Es soll die Aufgabe eines zweiten Artikels
sein, die verschiedenen Wege zu charakterisieren, welche bis-
her zur Abhilfe der Wohnungsnoth eingeschlagen worden
sind, und diejenigen zu bezeichnen, welche zu diesem Zwecke
eingeschlagen werden müssen.

(Zum Allerseelentag.) Tausende aus
allen Gesellschaftskreisen machten bei der herrlichsten Witterung
gestern auf den Friedhöfen die Runde und legten theils
natürliche, theils künstliche Kränze auf die Gräber
ihrer theuren Angehörigen nieder. Der slovenische drama-
tische Verein sang mehrere erbauliche Lieder ab.

(Herr Baron A. Bois) hat dem Vereine
„Narodna sola“ 100 fl. gespendet.

(Besuch der hiesigen Unterrichts-
anstalten.) VI. Die Handels-Lehranstalt des Herrn Fer-
dinand Mahr besuchen, und zwar 1. die Gremialschule:
im 1. Jahrgange 55, im 2. 44, im 3. 16, zusammen
115; 2. die Wochenschule: im 1. Jahrgange 68, im 2.
29, zusammen 97 Eleven, unter letzteren 55 in gänzlicher
Verpflegung des obengenannten Herrn Directors.

(Von der Feuerwehr.) Herr Ludwig
Tauscher hat im Verlaufe dieser Woche an der Tele-
graphenleitung, welche das Depot der Feuerwehr mit dem
Wachposten am Schloßberge verbindet, eine Aenderung be-
ziehungsweise Ergänzung in der Art vorgenommen, daß
nun auch der zweite Wachposten im kleinen Thurme
am Schloßberg unmittelbar — direct — mit dem Depot
der Feuerwehr correspondieren kann. Beim letzten Signa-
lement über das Feuer in Dravlsje wurde der neue Apparat
bereits verwendet. Es wäre zu wünschen, daß 1. zur Ma-
nipulation verständige Wachposten verwendet und 2. die
Reinhaltung des telegraphischen Apparates im Auge gehalten
werde.

(Der Verwaltungsausschuß der hie-
sigen Nationaldruckerei) vollzog in seiner Sitzung
am 26. v. M. folgende Wahlen: zum Vorsitzenden Herrn
Dr. Rozlag, zu dessen Stellvertreter Herrn Dr. Karl Aha-
lic, zum Kassier Herrn Grafelli, zum Secretär Herrn
Dr. Vobnjak, zum Leiter der laibacher Druckerei Herrn Gra-
felli, zum Inspector der marburger Filiale Herr Prof. Pajst.
— In obiger Sitzung referierte Dr. Vobnjak über die
Arbeiten der Nationaldruckerei in dem Zeitraume vom
22. August bis 26. v. M. — Der Kassier theilte mit,
daß auf 480 ausgegebene Actien bereits 33.680 fl. einge-
zahlt wurden. — Der „Slov. Narod“ wird vom Neujahr
1873 an täglich erscheinen.

Börsenbericht. Wien, 30. Oktober. Nationalbank stiegen um 40 fl. und schließen zum höchsten Kurse. Speculationspapiere befestigten oder erhielten sich ungeachtet fortwährender Geldnoth, welche die Börse dadurch die Spitze abzubrechen sucht, daß sie zum Terminhandel übergeht. Papierrente und andere Anlagewerthe bleiben wesentlich unverändert. Silberwerthe dagegen und besonders Silberrente fielen wegen des fortwährend sinkenden Agio.

Table with financial data for various banks and currencies, including columns for 'Geld', 'Baar', and 'Währ.'.

Table with financial data for 'Wiener Communalanlehen' and 'Börsen von Bankinstituten', including columns for 'Geld', 'Baar', and 'Währ.'.

Table with financial data for 'Franz-Josephs-Bahn', 'Lemberg-Czerna-Tschernowitzer-Bahn', and other railway lines, including columns for 'Geld', 'Baar', and 'Währ.'.

Table with financial data for 'Siebenb. Bahn in Silber verz.', 'Augsburg für 100 fl. f. d. B.', and other bonds, including columns for 'Geld', 'Baar', and 'Währ.'.

(Der Ausschuß des Slov. Schriftstel-
ler-Vereins) beschloß in seiner letzten Sitzung am
29. Oktober die Herausgabe eines „Preschiren-Albums“,
welches nebenbei auch belletristische und andere Abhand-
lungen enthalten soll.

(Erneuerungen.) Das k. k. Oberlandes-
gericht in Graz hat die Rechtspracticanten Rudolf Rher
und August Kette bei dem k. k. Landesgerichte in Lai-
bach zu Auscultanten für das Herzogthum Krain ernannt.

(Eröffnung des Gymnasiums in
Gottschée.) Am 29. v. M. wurde das Staats-Real-
untergymnasium in Gottschée feierlich eröffnet. Der hochw.
Herr Dechant Josef Kovat celebrierte das Hochamt, dem
sämmliche Honoratioren, die Schuljugend und viele An-
dächtige beiwohnten. Hiernach begab sich der Festzug;
in das Lehrzimmer der ersten Gymnasialklasse. Sr. k. k. Apo-
stolischen Majestät wurde ein dreimaliges Hoch gebracht; Sr.
Exc. dem Herrn Unterrichtsminister, der Opferwilligkeit der
Bevölkerung und der Thätigkeit des Bürgermeisters Herrn
Braune in Gottschée der gebührende Dank in begeisterten
Worten ausgedrückt. Hiernach ergriff Director Benedict
Knapp das Wort, betonte die schwierige Aufgabe, die er
übernommen, und den Zweck der neueröffneten Lehranstalt.
Der Redner erkenne als eine seiner wichtigsten Berufs-
pflichten, aus der seiner Führung anvertrauten Jugend treue
Bürger und mächtige Stützen des Staates auf sittlicher
Grundlage zu erziehen. Der Redner besprach sodann den
Lehrplan und schloß seine warme Rede mit dem Wunsche,
der Herr, von dem alles gute komme, möge der neuen
Lehranstalt seinen Segen spenden.

(Zum laider Projecte.) Aus den Sitzungs-
protokollen des triester Landesauschusses ist zu erschen,
daß die laider Bahnfrage einen Theil des Programmes des
nächsten triester Landtages bildet.

(Theaterbericht.) Die deutsche Bühne beilte
sich, uns schon am 31. v. M. auf den Allerseelentag vor-
zubereiten. Das unvermeidliche Volksdrama „Der Müller
und sein Kind“ ging über die Bretter; Parterre und Gal-
lerie waren mittelgut besucht, die Logenstige größtentheils
leer. Die Aufführung war eine recht anständige; die dar-
stellenden Kräfte hielten in Lage und beziehungsweise der
„Müller und sein Kind“ in ihren Todesstunden Maß und
Ziel. Als hervorragende Leistungen bezeichnen wir jene der
Herrn Bauer (Reinhold), Carode (Konrad) Aufim
(John) und des Fr. Brand (Marie). Das gar zu
sommerliche Costüm des Reinhold hätte beinahe Heiterkeit
erregt.

„Müller und sein Kind“ ging gestern auch über die
slovenische Bühne. Das Haus war in allen Räumen be-
setzt, es gab Thränen in Fülle. Die Hauptrollen waren
in den Händen des Herrn Koceli (Müller), des Fr.
Jamnik (Marie) und des Herrn Schmid (Konrad).
Die Leistungen dieser drei Darsteller können als vortref-
lich bezeichnet werden; lebhafter Beifall und Hervorrufe
folgten in reichem Maße als Lohn.

Dankagung

Der löbl. laibacher Feuerwehr, welche bei dem am
30. Oktober abends in der Drischast Dravlsje ausgebroche-
nen Brande das Löschungsweck besorgte, sagen wir für
ihre mit so edlem Eifer und wahrer Selbstaufopferung
während der ganzen Nacht und bis zur gänzlichen Bekäm-
pfung des verheerenden Elementes geleistete Hilfe un-
seren aufrichtigsten Dank.

Die Gemeindevertretung von Oberhischla.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)
Berlin, 1. November. Die Session
beider Landtagshäuser wurde vom Grafen
Noon im Auftrage des Königs geschlossen.
Ueber die Zeit der Wiedereröffnung der
Session verlautet nichts. Der Kaiser reist
am 9. d. M. zur dresdener Hochzeitsfeier ab.

Röln, 1. November. Der Gesandte des
deutschen Reiches im Haag, Graf Verponcher,
ist in gleicher Eigenschaft nach Rom versetzt.

Paris, 1. November. Der Rhonefluß
steigt erheblich. In Bordeaux fand bei einem
zu Ehren der conservativen Deputierten ver-
anstalteten Bankett eine monarchische Kund-
gebung statt.

Madrid, 1. November. Der Congreß
genehmigte das Contingentsgesetz, die Pub-
getcommission alle Finanzvorlagen der Re-
gierung.

Pest, 31. Oktober. Se. Majestät der Kaiser ist
heute 7 Uhr früh von Wödsß nach Ofen zurückge-
kehrt. — Von gestern auf heute erkrankten in Dien an
der Cholera 32 Personen; vom 18. bis 31. d. M. zu-
sammen 126 Personen, wovon 29 starben. In Pest
kamen bisher drei Cholerafälle vor, wovon einer mit
tödlichem Ausgange.

Prag, 30. Oktober. In vielen Gegenden Böh-
mens fanden Judenverfolgungen statt. Die Regierung
ordnete sogleich gerichtliche Untersuchungen an.

Telegraphischer Wechselkurs vom 31. Oktober.

Papier-Rente 65.50. Silber-Rente 68.40. — 1840er
Staats-Anleihen 102. — Bank-Actien 990. — Credit-Actien
330.50. — London 106.50. — Silber 105.75. — k. k. Münz-Du-
caten 5.13. — Napoleonsd'or 8.58

Verstorbene.

Den 25. Oktober. Johann Kramer, Hutmachergeselle,
alt 23 Jahre, im Civilspital an Meningitis. Jakob Furlan,
Bettler, alt 19 Jahre, im Civilspital, an Idiostomus.
Den 26. Oktober. Anna Zerjav, eine Arme, alt 52
Jahre, im Civilspital an Encephalitis. — Herr Mathias Dworkal,
k. k. Oberstabsprohok, alt 75 Jahre, in der Polanavorstadt Nr. 39
an der allgemeinen Wassersucht.
Den 27. Oktober. Maria Plechta, eine Arme, alt 75
Jahre, im Civilspital an der Tuberculose.
Den 28. Oktober. Dem Franz Dvorsk, Wagenkuppler,
sein Kind Franziska, alt 3 Monate, in der St. Peteravorstadt
Nr. 31 an Fraisen.
Den 29. Oktober. Herr Blasius Verhove, Goldschläger,
Hausbesitzer, Bürger und Armenvater, starb im 68 Lebensjahre,
in der Stadt Nr. 91 an der Leberentzündung. — Theresia Dobrac,
Zuschnittsarne, alt 78 Jahre, in der St. Peteravorstadt Nr. 29
an der Wassersucht. — Ursula Brodnik, Köchin, alt 60 Jahre,
in der Stadt Nr. 104 an der Entlastung.
Den 30. Oktober. Johann Steighofer, Zwängling, alt
63 Jahre, im Zwangsarbeitsaufse Nr. 47 am Marasmus.
Den 31. Oktober. Johann Kosal, Inwohner alt 63
Jahre im Civilspital am Lungenddem. — Gertraud Krasovic,
Inwohnerin, alt 73 Jahre, in der Stadt Nr. 150 an der Wasser-
sucht. — Herr Martin Batta, k. k. Führer des 17. Linien Inf.-
Regiments Baron Kuhn, alt 23 Jahre, in der Stadt Nr. 73 an
der Lungentuberculose.

Theater.

Heute: Das Basquill, oder Fürst, Minister und Bürger.
Original-Lustspiel in 4 Aufzügen von S. A. Freiherrn v. Raitzky.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with meteorological data for October 31st, including columns for 'Zeit der Beobachtung', 'Barometerstand', 'Lufttemperatur', 'Wind', 'Nebel', and 'Niederschlag'.

Den 31. Oktober Morgennebel, tagüber zunehmende Bewöl-
kung, abends Aufheiterung, sternenhelle Nacht. Den 1. November
Morgennebel, heiter, fast wolkenlos, nachmittags windig. Abends-
roth. Das Tagesmittel der Wärme an beiden Tagen + 6.5° und
+ 7.5°; beziehungsweise um 1.0° unter dem Normale und um
0.2° über demselben.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Steinwahr.